

Hartz IV

Menschenwürdiger Regelsatz jetzt!

CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne sind mit ihren illegalen Verhandlungen - an der offiziellen Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses vorbei - über die Neuregelung von Hartz IV und zur Neuermittlung des Regelsatzes gescheitert. DIE LINKE wurde hierbei ausgegrenzt. Bereits vor einem Jahr, am 9. Februar 2010, hat das Bundesverfassungsgericht die Regelsätze für verfassungswidrig erklärt. Die von Karlsruhe gesetzte Frist zur Neuregelung bis zum 31. Dezember 2010 ließ die Bundesregierung ergebnislos verstreichen.

Hartz-Parteien verhindern verfassungskonforme Lösung

Die Bundesregierung hat einen Regelsatz für Erwachsene von 364 Euro errechnen lassen. Kinder und Jugendliche bekommen nicht mehr Geld, sondern im Wesentlichen Gutscheine auf Antrag. Das ist diskriminierend, bürokratisch und teuer. Schwarz-Gelb hat ein vermeintliches Existenzminimum systematisch kleingerechnet. Der Regierungsentwurf widerspricht dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Für die Rettung von Banken werden in kurzer Zeit Milliarden Eurobeträge bewilligt. Bei den Ärmsten wird gespart. SPD und Grüne haben sich diesen Vorgaben der Regierung zunehmend unterworfen und wollen nunmehr lediglich noch symbolische Veränderungen des Regelsatzes.

Entwürdigenden und repressiven Charakter überwinden

DIE LINKE fordert einen grundlegenden politischen Kurwechsel. Es ist Zeit für eine massive Umverteilung von oben nach unten. DIE LINKE fordert daher einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, eine repressionsfreie Mindestsicherung und einen Regelsatz in einer Höhe von 500 Euro. Die Leistungen für Kinder müssen auf ein bedarfsdeckendes Niveau angehoben werden.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Hartz IV

Menschenwürdiger Regelsatz jetzt!

CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne sind mit ihren illegalen Verhandlungen - an der offiziellen Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses vorbei - über die Neuregelung von Hartz IV und zur Neuermittlung des Regelsatzes gescheitert. DIE LINKE wurde hierbei ausgegrenzt. Bereits vor einem Jahr, am 9. Februar 2010, hat das Bundesverfassungsgericht die Regelsätze für verfassungswidrig erklärt. Die von Karlsruhe gesetzte Frist zur Neuregelung bis zum 31. Dezember 2010 ließ die Bundesregierung ergebnislos verstreichen.

Hartz-Parteien verhindern verfassungskonforme Lösung

Die Bundesregierung hat einen Regelsatz für Erwachsene von 364 Euro errechnen lassen. Kinder und Jugendliche bekommen nicht mehr Geld, sondern im Wesentlichen Gutscheine auf Antrag. Das ist diskriminierend, bürokratisch und teuer. Schwarz-Gelb hat ein vermeintliches Existenzminimum systematisch kleingerechnet. Der Regierungsentwurf widerspricht dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Für die Rettung von Banken werden in kurzer Zeit Milliarden Eurobeträge bewilligt. Bei den Ärmsten wird gespart. SPD und Grüne haben sich diesen Vorgaben der Regierung zunehmend unterworfen und wollen nunmehr lediglich noch symbolische Veränderungen des Regelsatzes.

Entwürdigenden und repressiven Charakter überwinden

DIE LINKE fordert einen grundlegenden politischen Kurwechsel. Es ist Zeit für eine massive Umverteilung von oben nach unten. DIE LINKE fordert daher einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, eine repressionsfreie Mindestsicherung und einen Regelsatz in einer Höhe von 500 Euro. Die Leistungen für Kinder müssen auf ein bedarfsdeckendes Niveau angehoben werden.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G